

BÜRGERENTSCHEID BEI ETWAIGEN MEHRKOSTEN

Der Bürgerentscheid bei etwaigen Mehrkosten von S21 wurde auf Initiative der SPD Stuttgart beschlossen: Seit 2009 besteht hierzu breiter Konsens im Gemeinderat

Nachdem in den letzten Tagen weitere neue Kostenschätzungen bekannt wurden und das Reißen der Kostengrenze zumindest möglich erscheint, ist nachvollziehbar, dass ins Zentrum der öffentlichen Diskussion die Frage rückt, wie sich die Stadt und der neue OB dazu verhalten werden, wenn die Bahn mit weiteren Forderungen an die Stadt herantritt.

„Es ist gut, dass wir in der Stadt einen von einer breiten Mehrheit getragenen Konsens haben, nach dem die Stuttgarterinnen und Stuttgarter im Rahmen eines Bürgerentscheids selbst über die Frage der Mehrkostenbeteiligung entscheiden sollen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc. „Die Volksabstimmung ist in ihrer Aussage klar, bedeutet aber gewiss nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger den neuen Bahnhof zu jedem Preis wollen. Sie stellt also keinen Freifahrtsschein für alle weiteren Kostenerweiterungen dar und hebt mitnichten die Beschlus-

slage in Stuttgart auf“, stellt Perc klar. Der auf Initiative der SPD-Fraktion vom Gemeinderat im Sommer 2009 verabschiedete Antrag sieht vor, „im Falle von etwaigen Mehrkosten für die Stadt, die über die bisherige Vertragslage hinaus gehen, einen Bürgerentscheid über die weitere Mitfinanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ durchzuführen.“

„Hier stehen die Fraktionen im Stuttgarter Gemeinderat im Wort!“, so Perc. „Die SPD Stuttgart verbittet sich daher jedwede Einmischung von außen.“ Es sei überdies empfehlenswert, sich vorab mit den lokalen Akteuren kurzzuschließen, wenn man als Landespolitiker schon zu kommunalen Fragen Stellung bezieht. Dies gelte umso mehr, wenn man sogar eine Koalitionsbelastung oder gar einen veritablen Koalitionskrach herbeiredet. „Auch die Koalitionspartner haben eine Koalitionsförderpflicht“, so Perc abschließend.



Liebe Genossinnen und Genossen,

ein sehr engagierter Wahlkampf liegt hinter uns, dessen Ergebnis uns ambivalent zurücklässt. Auf der einen Seite haben wir es geschafft, den Wechsel auch in der Stadt nachzuvollziehen. Auf der anderen Seite haben wir dafür gekämpft, dass der Wechsel an der Stadtspitze den Namen Bettina Wilhelm trägt. Das Ergebnis war aber in Ausmaß und Eindeutigkeit klar, weswegen wir mit der einstimmigen Wahlempfehlung für Fritz Kuhn einen nicht einfachen, trotzdem notwendigen Schritt vollzogen haben, der uns auch ein Stück weit Glaubwürdigkeit zurückgibt.

Wir müssen nun das Ergebnis und die Gründe, die dazu geführt haben, analysieren und Schlussfolgerungen daraus für unsere Arbeit ziehen. In den Kreisgremien haben wir damit konstruktiv begonnen, in den Ortsvereinen setzt sich das derzeit fort.

Wir werden gemeinsam einen nicht leichten Weg beschreiten müssen, um die Perspektiven sozialdemokratischer Politik in der Stadt zu verbessern. Mit dem geschlossenen und überaus engagierten Wahlkampf haben wir die richtige Richtung eingeschlagen. Für den unermüdlichen Einsatz und das weit über das Erwartbare hinaus Geleistete möchte ich mich herzlich bei Bettina Wilhelm und allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern bedanken.

Solidarische Grüße

Dejan Perc

Vorsitzender SPD Stuttgart



NEUES AUS DEM KREIS

„BESSERE BILDUNG FÜR ALLE! - ROT-GRÜN WIRKT!

Die grün-rote Landesregierung beteiligt sich seit dem Jahr 2012 zu einem Drittel an den Kosten der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen. Wie im Pakt für Familien mit Kindern vom 1. Dezember 2011 zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden vereinbart, wird so die Schulsozialarbeit mit einem Betrag von bis zu 15 Mio. Euro jährlich bezuschusst.

Der Zuschuss des Landes für Schulsozialarbeit in Stuttgart beläuft sich dabei für den Zeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Juli 2012 auf über 320.000 Euro. Für das laufende Schuljahr (1. August 2012 bis 31. Juli 2013) ist ein Betrag von über 860.000 Euro vorgesehen.

Der Stuttgarter SPD-Kreischef Dejan Perc ist hocherfreut über die Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Schulsozialarbeit. „Der Wiedereinstieg in die Finanzierung der Schul-

sozialarbeit ist ein Erfolg rot-grüner Bildungspolitik!“ so Perc. Nachdem die Vorgängerregierung aus der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit ausgestiegen war, korrigierten SPD und Grüne dies umgehend. „Rot-grün wirkt!“ so Perc. Ihm ist wichtig, dass Bildung nicht vom Geldbeutel und der sozialen Stellung der Eltern abhängt. Die Schulsozialarbeit sei dafür ein unverzichtbares pädagogisches Angebot an den Schulen. „Im Idealfall gibt es dieses Angebot an allen Schulen über alle Schularten hinweg!“ so Perc, denn die Schulsozialarbeit leiste eine wertvolle Unterstützung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schulen und wirke sich so positiv auf das gesamte Schulleben aus. Dejan Perc betont, dass es überaus sinnvoll ist, präventiv an den Schulen tätig zu werden. Schulsozialarbeit leiste für viele Kinder und Jugendliche eine



wertvolle Hilfestellung, und wirke bereits, bevor es zu Problemen kommt. „Mit Schulsozialarbeit werden Kinder frühzeitig unterstützt!“ „Wir setzen uns als SPD seit vielen Jahren für eine ‚bessere Bildung für alle‘ ein. Die Schulsozialarbeit ist dabei ein wichtiger Eckpfeiler!“ so Perc.

20 JAHRE TEMPO-30-ZONEN: VORBEHALTSSTRASSENNETZ ÜBERPRÜFEN!

Vor fast 20 Jahren, im Jahr 1993, wurden die Tempo-30-Zonen eingeführt. Ziel war, die Wohngebiete von Verkehrslärm und Abgasen zu entlasten. Um den Verkehr dann tatsächlich außerhalb der Wohngebiete abwickeln zu können, musste gleichzeitig ein Straßennetz festgelegt werden, auf dem weiterhin Tempo 50 gefahren werden darf, das so genannte Vorbehaltsstraßennetz. Es hat sich seither kaum verändert.

Nach 20 Jahren ist es nun Zeit, das Vorbehaltsstraßennetz stadtweit zu überprüfen. Wo sind Straßen durch Wohngebiete, die ebenfalls Tempo-30-Zone werden könnten? Sind nicht vor Schulen, Kitas und Spielplätzen niedrigere Geschwindigkeiten notwendig, zur Sicherheit unserer Kinder?

In Oberhausen ist dies üblich, seit 20 Jahren. Und dann gibt es noch so manche Einkaufsstraße, die als ver-

kehrsberuhigter Geschäftsbereich deutlich attraktiver wäre. Das Vorbehaltsstraßennetz muss also überprüft werden.

Die SPD-Fraktion hat dies beantragt und gleichzeitig eine Liste mit 34 Straßenabschnitten vorgelegt, die bei der Untersuchung besonders berücksichtigt werden sollen. Denn wo der Verkehr langsamer unterwegs ist, wird eine Straße leiser, sicherer und für die Menschen angenehmer.

SPD BEGRÜSST ABSENKUNG DES WAHLALTERS BEI KOMMUNALWAHLEN

SPD-Kreisvorsitzender Dejan Perc hat die heute von Landesinnenminister Reinhold Gall eingebrachte Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen ausdrücklich begrüßt. „Wir wollen, dass Jugendliche auch hier in Stuttgart früher politisch mitentscheiden können“, so Perc. „Denn nur wer aktiv teilhaben

kann, wird sich auch aktiv einbringen.“ Die Absenkung des Wahlalters biete die Chance, größeres politisches Interesse und Engagement bei jungen Menschen zu wecken. Die kommunale Ebene sei hierfür „geradezu prädestiniert, da sie das unmittelbare Lebensumfeld von jungen Menschen betrifft“, so Perc.

Der SPD-Vorsitzende betonte, dass neben einer Absenkung des Wahlalters andere Formen politischer Mitgestaltung von Jugendlichen unterstützt werden müssten. Dazu gehöre zum Beispiel die Förderung von Jugendgemeinderäten, Jugendforen und jugendpolitischen Organisationen vor Ort.

NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

INTEGRATION UND ARBEIT: POTENZIALE NUTZEN!

von Eberhard Keller

Der Fachkräftemangel ist in aller Munde – dabei wird immer noch zu wenig getan, um auch die Potenziale der bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu heben. So lässt sich die Veranstaltung „Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund“ des SPD-Ortsvereins Weilimdorf kurz zusammenfassen. Arbeitsrechtler Petar Drakul aus Mannheim referierte über die mannigfaltigen Probleme, auf die diese Menschen stoßen. Dabei kann nicht allen Hindernisse mit einfachen Maßnahmen begegnet werden. So förderte eine Studie der Uni Konstanz zu Tage, dass bei identischen Qualifikation Bewerber mit türkischem Namen auf Bewerbungen 14 % weniger positive Antworten erhielten als die Vergleichsgruppe, bei kleineren Unternehmen sogar 24 %. Dabei beklagen sich besonders kleinere Unternehmen

zunehmend über Probleme bei der Suche nach qualifizierten Mitarbeitern. Ein weiteres Hindernis vieler Zugewanderter auf dem Arbeitsmarkt ist die Problematik bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Die Beispiele von Lehrerinnen, die als Putzfrauen arbeiten oder des Taxifahrenden Ingenieurs sind häufig anzutreffen. Immerhin gibt es seit kurzem einen Rechtsanspruch, dass im Ausland erworbene Abschlüsse auf Gleichwertigkeit überprüft werden. Dennoch sind häufig zusätzliche Ausbildungsmodulare erforderlich, um die vollwertige Gleichwertigkeit zu erreichen. Integrationsministerin Bilkay Öney hat mit dem Landesenerkennungsgesetz dafür gesorgt, dass Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer in diesem Bereich aktiv wurde. Dennoch sind auch die Weiterbildungsträger und die Kam-

mern gefordert, die entsprechenden Angebote zu machen – allerdings sind vielfach auch noch die Fragen der Finanzierung ungelöst.

Ein weiterer Schlüssel ist aber auch der Ausbau des Angebots an Sprachkursen: 1/3 der Bezieher von Hilfen nach SGB II ist nicht in der Lage, einem auf Deutsch geführten Gespräch zu folgen. Tragisch ist, dass sich dies auch auf die zweite und dritte Generation der Zuwanderer auswirkt: So liegt der Anteil von Menschen mit türkischen Wurzeln, die auf die Hauptschule wechseln bei 40,7 % (ohne Migrationshintergrund 12,4%). Ganztages- und Gemeinschaftsschulen schaffen hier die notwendige Voraussetzung, um Benachteiligten den Weg zu einem höheren Bildungsabschluss zu eröffnen und leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Integration.

EHRUNG FÜR PETER MÜLLER-ROCKSTROH

In einer eindrucksvollen Feierstunde hat am 27. Oktober im Waldheim Heselach der Ortsverein Vaihingen/Rohr Peter Müller-Rockstroh für seine 40jährige immer aktive Mitgliedschaft geehrt. Ute Vogt MdB übergab dem Jubilar - in diesem Jahr 75 Jahre alt, 41 Jahre in der SPD - im Auftrag des Parteivorsitzenden und des Landesvorsitzenden dafür die „Willy-Brandt-Me-

daille“ der SPD. Peter Müller-Rockstroh antwortete mit einer gereimten Rede über die Geschichte des Ortsvereins in den erlebten 40 Jahren und erklärte sein Interesse, sich um die Dokumentation dieser Geschichte weiter zu kümmern. Der Newsletter hat „PMR“ und seinen Beitrag zur Arbeit der Stuttgarter SPD schon in Newsletter 2/2012 vorgestellt.



EIN AKTIVES LEBEN AUSZEICHNUNG FÜR WERNER UHLIG

von Björn Selent

Auf unserer Mitglierversammlung am 8. Oktober hatte Ortsvereinsvorsitzende Gisela Abt die Freude und Ehre Werner Uhlig für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD die Ehrenurkunde und Ehrennadel der Partei zu überreichen. Werner Uhlig wurde 1927 in der Nähe von Chemnitz geboren und zog 1947 nach Stuttgart, wo er im Fasanenhof seine Heimat fand. Seit jeher engagiert Werner Uhlig sich für seine Mitmenschen, sei es als Elternbeirat in der Fasanhofschule, im Bürgerverein Fasanenhof,

als Vorsitzender der AWO Möhringen, als Vertreter der Mieter der SWSG oder beim Roten Kreuz. Für die SPD saß er darüber hinaus viele Jahre im Bezirksbeirat Möhringen und unterstützte tatkräftig den Aufbau des Landesverbandes seiner Heimat Sachsen in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Für seinen großen und auch im stolzen Alter von 86 Jahren immer noch unermüdlichen Einsatz bedanken wir uns sehr herzlich und wünschen Werner alles Gute für die Zukunft.



NEUES AUS DEM KREIS

HERMANN SCHEER-PLATZ IM STUTTGARTER OSTEN

von Daniel Campolieti

In einem gemeinsamen Antrag der SPD und FDP-Fraktionen im Bezirksbeirat Stuttgart-Ost wird der Bezirksbeirat aufgefordert, eine Straße oder einen Platz im Stadtbezirk nach dem Alternativen Nobel-Preisträger, Bundestagsabgeordneten und langjährigem Stuttgart-Ost-Bewohner Dr. Hermann Scheer zu benennen. An einer der nächsten Sitzungen wird der Antrag abschließend behandelt. „Wenn alle einstimmig singen, ist der Text ohne Bedeutung.“, sagte einmal Dr. Hermann Scheer über sich selber. Als internationaler Vordenker für erneuerbare Energien, hat er weltweite Bekanntheit und Anerkennung be-

kommen. Er engagierte sich ebenso für die Belange der Bürger, sprach sich für mehr direkte Demokratie aus, bemängelte frühzeitig „eine Entfremdung zwischen Bürgern und gewählten Repräsentanten“ und versuchte diesen Missstand soweit er konnte, zu beheben.

Aus dem Stuttgarter Osten sind viele bekannte und berühmte Persönlichkeiten mit Auszeichnung hervorgegangen. So auch Dr. Hermann Scheer, der von 1972 bis 1980 in der Ameisenbergstraße in Stuttgart - Ost gewohnt hat und seiner Tätigkeit von hier aus nachging.



DIE MEINUNG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER ZÄHLT BEI DER SPD

Die SPD hat sich in den letzten Jahren zum Ziel gesetzt, offener zu werden. Der Parteivorstand hat z.B. den Parteikonvent neu eingerichtet, als beratende Versammlung zwischen Bundesparteitag. Die Ortsvereine und Mitglieder wurden flächendeckend befragt, inwieweit sie sich die Miteinbeziehung von vor allem auch Nicht-Mitgliedern vorstellen könnten. Die Ergebnisse werden jetzt umgesetzt!

Das freut mich sehr und nun geht es los: Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern startet. Herzstück ist ein Kartensystem. Hier kann man eintragen, was in Deutschland besser werden muss. Die Karten zum Ausfüllen können an alle verteilt werden: an Familie, Freunde, KollegInnen oder Nachbarn. Bis Dezember werden alle Ideen gesammelt und sortiert. Es geht darum, dass viele Vorschläge kommen, die die Menschen von der SPD umgesetzt sehen wollen. Wer mitmacht, hat dann vielleicht die Chance, zwischen Januar und März 2013 auf eine der sechs BürgerInnenkonferenzen eingeladen zu werden. Am Ende ist

das Ziel, dass die Bündelung der Karten und Themenkomplexe in das Regierungsprogramm der SPD einfließt.

Mitmachen kann man mit den Karten, online, per Telefon oder im Kontakt zur SPD vor Ort. Wir wollen bewusst keine reine Online-Plattform, weil so nicht alle die Chance hätten mitzumachen. Darum wird es auch Stände und Veranstaltungen zum SPD Bürgerdialog geben. Bei Interesse oder Fragen oder wenn Sie Karten zum Ausfüllen möchten steht Ihnen / Euch gerne auch mein Wahlkreisbüro zur Verfügung. Macht mit - machen Sie mit - denn Deine / Ihre Meinung zählt!

Ute Vogt MdB

BÜRGERDIALOG 2012/2013

Was muss in Deutschland besser werden?



WAHLWERBUNG IST KEINE REKLAME

von Peter Müller-Rockstroh

Die Mitgliederversammlung des OV Vaihingen/Rohr im November - und dann wahrscheinlich auch die Kreisdelegiertenkonferenz im Dezember - wird sich mit einem Antrag befassen, der den Gemeinderat auffordert, für die Arbeit der Parteien gegenüber den Bürgern und vor allem für künftige Wahlkämpfe anzuerkennen, das Wahlinformation und -werbung der Parteien nicht unter den üblichen Begriff der Werbung/Reklame fällt und des-

wegen von den verbreiteten Aufklebern an Briefkästen nicht erfasst sein kann. Vielfache Gespräche auch im letzten Wahlkampf ergäben, dass die Bürger sich damit vor allem gegen die ausufernde Werbung der verteilenden Wirtschaft und des Handels wehren wollen, dagegen politische und auch parteiliche Information keineswegs ablehnen. Informationspflicht und damit Informationsrecht der Parteien gegenüber allen Bürgern seien durch

das Grundgesetz festgestellt; dem Wahlrecht aller Bürger entspreche die - nicht gesetzlich fixierte, aber doch staatsbürgerliche - Pflicht, sich mit Programm- und Personalangeboten der Parteien auseinanderzusetzen. Der Antrag ist steht auf der Website des Ortsvereins (www.spd-vaihingen.de); dem Ortsverein sind weitere Kommentare und Meinungen sehr willkommen (vorstand@spd-vaihingen.de).

GASTBEITRAG

DAS STADTPLANUNGSFORUM STUTTGART ZU DEN PLANUNGEN AUF DEM KILLESBERG

Seitens der Stadt Stuttgart bestand im April des Jahres die Absicht, ohne Ausschreibung des Grundstücks mit Fürst weiterzumachen. Der nicht öffentliche Masterplan von Manfred Ortner sollte übernommen werden. Mittlerweile ist aber das „Killesberg-Scenario“ - wie Franz Fürst den Entwurf von Leibinger-Barkow nannte - gestorben. Ein neues Scenario tut sich auf und es scheint, dass die alten Spielregeln des Umgangs mit Bürgern beibehalten werden und der Mut zu neuen Regeln des Bürger-Mitentscheids fehlt.

Nach wie vor hält es aber das Stadtplanungsforum für unverzichtbar, mit den Bürger/innen in einem Workshop zu diskutieren, welche Nutzung in dem Bereich zwischen der Straße Am Kochenhof - renzkirche - Landenberger Straße nunmehr stattfinden soll (z.B. Wohnen - Soziales - Dienstleistung - Klein-Gewerbe). Die Bürger-Mitentscheidung - und nicht nur die Bürger-Anhörung - muss förmlich reguliert und in allen Projekt-Entwicklungsstu-

fen praktiziert werden. Danach ist für den genannten Bereich ein offener Städtebau- und Landschafts-Wettbewerb auszuloben. Konkret fordert das Stadtplanungsforum weiter: Die Straße Am Kochenhof ist deutlich auf 2 Bus- und maximal 3 PKW-Spuren zu reduzieren. Die frei werdende Fläche ist in den Wettbewerbsbereich einzu beziehen, da die verkehrliche Situation nach Wegfall der Messe dies zulässt. Erst danach kann über die Vergabe der Flächen durch den Gemeinderat entschieden werden.



Last but not Least:

EIN HERZLICHES DANKESCHÖN VON BETTINA WILHELM

AN ALLE WÄHLERINNEN UND WAHLKÄMPFERINNEN



TERMINE

KREISDELEGIERTEN- KONFERENZ

MITGLIEDERÖFFENTLICH

12. NOVEMBER 2012, 18 UHR
GEWERKSCHAFTSHAUS
WILLI-BLEICHER-STR. 20
70174 STUTTGART

AKTUELLE INFOS IM INTERNET:

 spd-stuttgart.de

 twitter.com/spdo711

 facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den
eingesandten Beiträgen der
Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de